

Aktenzeichen  
11-ÖPNV

Kitzingen, 07.11.2023

Federführung: Sachgebiet 11  
 Bearbeiter: Frank Albert  
 Tel.Nr.:

Vorlage-Nr.: SG 11/002/2023

Beratungsfolge:	Status:öffentlich/nicht öffentlich	Termin:
Verkehrs- und ÖPNV-Ausschuss	öffentlich / Beschluss	22.11.2023

**Stellung eines Antrags auf Förderung einer Machbarkeitsstudie für autonom fahrende Transportsysteme (people mover) mit parallel verlaufendem Fahrradschnellweg auf der bestehenden Trasse der Steigerwaldbahn – Antrag der CSU Kreistagsfraktion vom 01. 0**

**Anlagen:**

- Anlage 1 Antrag der CSU Kreistagsfraktion auf Stellung eines Antrags auf Foerderung einer Machbarkeitsstudie
- Anlage 2 Entwurf für den Antrag auf Durchfuehrung einer Machbarkeitsstudie
- Anlage 3 Zustimmung des Streckeneigentuemers fuer die Durchfuehrung dieser Studie
- Anlage 4 Gespraechsnotiz vom 22.02.2023 Modellprojekt peoplemover
- Anlage 5 Antrag auf Machbarkeitsstudie v. 01.10.2023

**I. Vortrag:**

Die CSU Kreistagsfraktion hat am 01.10.2023 einen erneuten Antrag gestellt, sich an einer Machbarkeitsstudie für autonom fahrende Transportsysteme auf der Steigerwaldbahntrasse finanziell zu beteiligen (Anlage 5). Antragsteller soll laut Antrag vom 01.10.2023 die Stadt Schweinfurt, vertreten durch Oberbürgermeister Remelé stellvertretend für ein Konsortium, unter Anderem bestehend aus den beiden Landkreisen Schweinfurt und Kitzingen sowie die kreisfreie Stadt Schweinfurt unter Beteiligung des Abgeordnetenbüros Gerhard Eck, MdL sein.

Auf einen Antrag der CSU Kreistagsfraktion vom 31.10.2021 wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Ebenso auf den Antrag vom 07.07.2023, welcher im Rahmen des Verkehrs- und ÖPNV-Ausschusses vom 20.07.2023 behandelt und abgelehnt wurde.

In diesem wurde beantragt, eine Machbarkeitsstudie für autonome Transportsysteme unter

finanzieller Beteiligung des Landkreises Kitzingen durchzuführen. Dieser erste Antrag wurde in der Verkehrs- und ÖPNV-Ausschusssitzung am 22.11.2021 behandelt und aufgrund der damaligen Sachlage durch Kreisrat Dr. Knaier zurückgezogen und daher kein Beschluss gefasst.

Die nun beantragte Machbarkeitsstudie soll darauf abzielen, die Grundlagen zu ermitteln, um die Trasse zukünftig zwischen Kitzingen und Schweinfurt mittels autonom fahrender Transportsysteme zu betreiben. Die Städte Kitzingen und Schweinfurt selbst planen laut beigefügten Unterlagen jeweils für konkrete innerstädtische Bereiche ebenfalls mit autonomen Verkehren.

Neben dem autonomen Transportsystem soll die Möglichkeit einer auf der vorhandenen Trasse parallel verlaufenden schnellen Fahrradverbindung als Ergänzung untersucht werden. Geprüft werden sollen insoweit im Rahmen dieser Studie unter anderem:

- Die technische Machbarkeit in Bezug auf die lokalen Gegebenheiten (auf separater Fahrspur der vorhandenen Bahntrasse; notwendige Regelungen im Kreuzungsbereich; autonomes Transportsystem vollständig im Mischverkehr innerhalb der Gemeinden);
- Kosten für den Aufbau des Systems plus Betrieb;
- Betreibermodelle, Wartung;
- Fördermöglichkeiten;
- Kostenrelevanz für Kommunen bzw. die ÖPNV-Träger;
- Sicherheitskonzept;
- Fahrgastpotenzial und mögliche Zubringerdienste speziell auch für Schülerbeförderung;
- Erweiterungsmöglichkeiten;
- Fahrscheinkosten;
- Umsetzungshorizonte;
- Einschätzung Planungskosten sowie Erforderlichkeit eines Planfeststellungsverfahrens.

Inhalte der Studie können laut Antrag unter anderem folgende sein:

- Fuhrpark-, Flotten- und Betriebshofanalysen;
- Alternative und innovative Fahrzeugbereitstellung;
- Infrastrukturanforderungen und –bedarfe einschließlich Ladeinfrastruktur;
- Analysen zur Energiebereitstellung;
- Maßnahmen zur Effizienzsteigerung des Gesamtsystems und Einbindung lokaler Erzeugungskapazitäten;
- Betriebswirtschaftliche und umweltbilanzielle Betrachtung der Auswirkungen der Umstellung auf emissionsfreie Antriebe.

Vorausgegangen waren zwei Videokonferenzen auf Initiative von Herrn Landtagsabgeordneten Eck vom 06.12.2022 sowie vom 22.02.2023 (Anlage 4). An diesen Besprechungen teilgenommen haben Herr Landrat Töpfer, Herr Oberbürgermeister Remelé, Frau Landrätin Bischof, Frau Landtagsabgeordnete Becker, Herr Landtagsabgeordneter Eck, der Nahverkehrsbeauftragte des Landkreises Schweinfurt Herr Graber sowie Herr Albert vom Landkreis Kitzingen. Im Rahmen dieser Gespräche erläuterte Herr MdL Eck Eckpunkte einer solchen Machbarkeitsstudie. So hat er bereits Vorgespräche mit Herrn Staatsminister Bernreiter geführt zur Förderung einer solchen Machbarkeitsstudie. Das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr würde laut Aussage eine solche Studie mit Maximalfördersatz finanziell fördern. Auch würde sich ZF finanziell an einer solchen Machbarkeitsstudie beteiligen. Der finanzielle Beitrag für die beiden Kreise als auch die kreisfreie Stadt Schweinfurt würden sich auf rund 7.500 EUR belaufen. Die Federführung einer solchen Studie müsse jedoch bei einer der drei Verwaltungen liegen. Sowohl Herr Landrat Töpfer als auch Herr Oberbürgermeister Remelé sowie Frau Landrätin Bischof haben deutlich zu verstehen gegeben, dass für ein solches Vorhaben keine personellen Kapazitäten in den jeweiligen Häusern zur Verfügung stünden (Verbundraumerweiterung NVM, Einführung 49,- EUR Ticket, Abrechnung div. Förderprogramme wie 9,-EUR Ticket, Dieselloforthilfe, Corona Rettungsschirm etc., Einführung und Betrieb Modellprojekt callheinz, Reaktivierungsvorhaben Mainschleifenbahn, Vorbereitung Ausschreibung Linienbündel 4 und 6 u.v.m.). Wenn eine finanzielle Beteiligung von je 7.500 EUR an einer solchen Studie jedoch vorstellbar wäre, sollten die Gremien hier entsprechende Beschlüsse fassen. Herr Eck stellte im Gespräch vom 22.02.2023 in Aussicht, dass die Federführung auch direkt beim Abgeordnetenbüro liegen könne.

Zum aktuellen Status Steigerwaldbahn:

Auf der Schienenstrecke Schweinfurt/Sennfeld bis Kitzingen/Etwashausen wurde bis zur Einstellung 1980 Personenverkehr durchgeführt. Die Güterbeförderung auf dieser Strecke endete mit dem Abzug der US Armee im Jahr 2006. Der Streckenabschnitt auf der Gemarkung der Stadt Kitzingen (rund 3 Kilometer) wurde bereits entwidmet und der Gleiskörper entfernt. Im Jahr 2018 stellten die übrigen Anrainerkommunen (außer Gerolzhofen) an der Regierung von Mittelfranken (zuständige Behörde für Nordbayern) einen Antrag auf Entwidmung der Strecke. Die Landkreise Kitzingen und Schweinfurt sowie die kreisfreie Stadt Schweinfurt stimmten in 2019 gegen die geforderte Entwidmung. Stattdessen wurde die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) aufgefordert, eine Potenzialanalyse für die Strecke als eines von vier Reaktivierungskriterien für den Schienenpersonennahverkehr in Bayern durchzuführen. Anfang März 2021 hat die BEG die Ergebnisse seiner Potenzialanalyse vorgelegt: „Mit dem ermittelten Wert von 563 Personenkilometern pro Kilometer Streckenlänge wird selbst bei einem optimistischen Szenario der Wert von 1.000 Reisendenkilometern pro Kilometer Streckenlänge deutlich

verfehlt, ab welchem die BEG eine Bestellung von Schienenpersonennahverkehr prüft. Auch der nachfragestärkere Nordabschnitt von Schweinfurt bis Gerolzhofen erreicht den Wert von 1.000 Personenkilometern pro Kilometer Streckenlänge nicht.“ (Quelle: Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (2021). Reaktivierung der unteren Steigerwaldbahn – Untersuchung des Nachfragepotenzials – Februar 2021. München). In insgesamt acht Abstimmungsgesprächen zwischen der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) und den drei Gebietskörperschaften Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie dem Landkreis Kitzingen erläuterte die BEG ausführlich das Gutachten und dessen Zustandekommen. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse der BEG durch diese im November 2021 im zuständigen Verkehrs- und ÖPNV-Ausschuss des Landkreises Kitzingen vorgestellt. Aufgrund der negativen Potenzialanalyse wurde der Reaktivierungsbeschluss sowohl in der kreisfreien Stadt Schweinfurt als auch im Landkreis Schweinfurt per Beschluss zurückgezogen. Im Kreistag des Landkreises Kitzingen sollte über die Rücknahme des Reaktivierungsbeschlusses am 13. Dezember 2021 entschieden werden. Aufgrund des schwebenden Verfahrens am Verwaltungsgericht Würzburg stellten sowohl die Kreistagsfraktion der SPD als auch die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Anträge auf Vertagung des Tagesordnungspunkts. Die beiden Anträge wurden mit 48 zu 10 Stimmen angenommen. Somit wurde der Tagesordnungspunkt Reaktivierungsbeschluss Steigerwaldbahn vertagt. Die Thüringer Eisenbahn GmbH hat Ende März 2021 am Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr Antrag auf Erteilung einer Unternehmensgenehmigung zum Betreiben einer Eisenbahninfrastruktur auf der gewidmeten Eisenbahnstrecke Sennfeld – Großlangheim gestellt. Im November 2021 hat das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr diesen Antrag abgelehnt. Dagegen hat die Thüringer Eisenbahn GmbH im Dezember 2021 Klage beim Verwaltungsgericht Würzburg eingereicht. Da der Landkreis nicht Verfahrensbeteiligter ist, kann zum aktuellen Sachstand der Klage vor dem Verwaltungsgericht keine Angabe gemacht werden.

#### Einschätzung der Verwaltung:

Es ist aus Sicht der Verwaltung unklar, ob der autonome Verkehr als ÖPNV umgesetzt werden soll oder als Ergänzung bzw. Alternative zum ÖPNV fungieren soll. Soweit der Verkehr nicht als Teil des ÖPNV umgesetzt werden soll, würde eine Verbindung mit autonomen Shuttles einen Parallelverkehr bedeuten. Dies könnte dazu führen, dass potenziell Fahrgasteinnahmen auf unseren ÖPNV Linien sinken und ein entsprechend höherer Zuschussbedarf seitens des Landkreises Kitzingen entstehen würde. Dies gilt auch und besonders für das erst vor kurzem eingeführte und gut angenommene Mobilitätsangebot callheinz, da das Bedienangebot des callheinz große Teile des südlichen Landkreises Schweinfurt und des nördlichen Landkreises Kitzingen entlang des Trassenverlauf Steigerwaldbahn deckt. Ob und wie ein parallel dazu verlaufener Radschnellweg mit dem System eines autonomen

Transportsystems vereinbar ist, kann seitens der Verwaltung nicht eingeschätzt werden – ist jedoch auf den ersten Blick schwer vorstellbar. Auch ist aus Sicht der Verwaltung vollkommen offen, wie mit den vielen Kreuzungen auf und an der Strecke verfahren werden soll.

Eine Machbarkeitsstudie müsste sich aus Sicht der Verwaltung intensiv mit diesen und weiteren Problematiken beschäftigen.

Der im Landkreis Schweinfurt zuständige Ausschuss hat in seiner Sitzung am 28. Juni 2023 einen gleichlautenden Antrag der dortigen CSU Kreistagsfraktion in angepasster Beschlussfassung angenommen.

Der Antrag wurde im Verkehrs- und ÖPNV-Ausschuss vom 20.07.2023 mehrheitlich abgelehnt. Der Antrag auf erneute Behandlung wurde von der CSU-Fraktion mit Schreiben vom 01.10.2023 begründet.

Die Geschäftsordnung des Kreistages Kitzingen (§ 22 Abs. 8) schließt eine erneute Beschlussfassung über bereits zur Abstimmung gebrachte Anträge nur für dieselbe Sitzung aus. Die Fraktionsvorsitzenden haben sich in ihrer Besprechung vom 09.10.2023 darauf verständigt, den Antrag erneut in der nächsten Sitzung des Fachausschusses zu behandeln.

Den Kreisrätinnen und Kreisräten steht es frei in der Sitzung, einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung mit dem Tagesordnungspunkt zu stellen. Über diesen Antrag ist dann sofort vor dem Eintritt in die sachliche Diskussion abzustimmen (§ 22 Abs. 9 der Geschäftsordnung).

## **II. Beschluss:**

Tamara Bischof  
Landrätin